

E-Control
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien
Per Email an: gasnachweis@e-control.at
CC: izmenyi@gaswaerme.at

Graz 16. Mai 2023

Stellungnahme der Energie Steiermark Business GmbH zum Entwurf der Verordnung, mit der die Gaskennzeichnungsverordnung geändert wird (Gaskennzeichnungsverordnungsnovelle 2023)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir bedanken uns recht herzlich für die Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme.

Nach Durchsicht des vorliegenden Entwurfs kommentieren wir die geplanten Änderungen unter Anführung des Textes unter Markierung relevanter Passagen, wie folgt:

@ § 1

„Die Verordnung hat den Umfang und die Ausgestaltung einer gemäß § 130 GWG 2011 verpflichtenden Gaskennzeichnung durch Versorger, welche die Ausweisung der Herkunft sowie der Umweltauswirkungen, die Vorgaben für die Ausgestaltung der Nachweise zu den verschiedenen Primärenergieträgern, Regelungen zur Umwandlung und Speicherung sowie zum internationalen Handel umfassen, zum Gegenstand. Diese Verordnung regelt ausschließlich die Kennzeichnung der in das öffentliche Gasnetz eingespeisten bzw. daraus zum Zweck des energetischen Endverbrauchs entnommenen Gasmengen.“

Die Klarstellung (bzw. Beibehaltung) der Restriktion führt dazu, dass Insellösungen wie zB. Produktion von Grünem Wasserstoff, der mangels öffentlichen Gasnetzes nur direkt oder per LKW transportiert werden kann, um Erdgas unbekannter Herkunft im Prozess zu substituieren, nicht erfasst wird. Dies führt zu einer groben, sachlich nicht gerechtfertigten Benachteiligung der off-grid Produktion. Die Mehrkosten werden nicht durch HKN belegt, die Dokumentation fehlt. (Konkreter Sachverhalt liegt vor!)

@ § 7 Abs. 2

„Für die an Endverbraucher in einem Kalenderjahr gelieferten Mengen aus Gas mit bekannter Herkunft sind Gas-Herkunftsnachweise, die in diesem Kalenderjahr in der Registerdatenbank der Regulierungsbehörde erzeugt wurden, zu verwenden.“

Die Clearingdaten der Produktion für Dezember eines Jahres werden im Jänner des darauffolgenden Jahres abrechnungsrelevant. Die Generierung der HKN in der Datenbank wird somit nicht im Kalenderjahr der Produktion (Dezember) sondern im Jänner des nächstfolgenden Jahres „erzeugt“.

Ist diese Verschiebung so gewollt?!

@ § 7 Abs. 3

„Das Speichern von Gas verändert die Gültigkeitsdauer eines dahinterliegenden Herkunftsnachweises nicht.“

Wie immer zu diesem Thema, wird der Wunsch geäußert, (natürlich RED II konform) die Gültigkeitsdauer zu verlängern, wie zB durch Neugenerierung beim Ausspeichern!

iVm § 4a Abs. 4

„Für Gasmengen, die an Speicher geliefert werden, sind durch den Versorger Herkunftsnachweise an den Betreiber der Speicheranlagen zu übertragen. Hierfür müssen auf Verlangen der Regulierungsbehörde entsprechende Gutachten vorgelegt werden, die den Wirkungsgrad belegen.“

Dabei erhebt sich die Frage, warum man Gas mit HKN einspeichern soll, wenn die Zuordnung der HKN Kalenderjahr kongruent und virtuell erfolgt.

Abgesehen davon, seit wann erzeugt ein reiner Gas-Volums-Speicher Wirkungsgradverluste?!

@ § 7a „Internationaler Handel von Gasnachweisen und Anerkennung für die Gaskennzeichnung

Wie auch immer die Ausformulierung sein wird bzw über welche Datenbank dieser zu erfolgen hat, ist sicherzustellen, dass der Handel operativ ehest möglich erfolgen kann und nicht über formalistische Barrieren blockiert bzw verzögert wird.

Anzumerken ist, ob der internationale Handel in der Gas-Ken-VO geregelt werden soll bzw. kann, siehe rechtliche Beurteilung weiter unten.

@ § 7b Datenmeldungen

„Anlagenbetreiber, Versorger und sonstige Marktteilnehmer haben zum Zwecke der korrekten Ausstellung von Herkunftsnachweisen der Regulierungsbehörde nach deren Vorgaben statistische Daten zum physikalischen Verbrauch und zur Verwendung von Herkunftsnachweisen zur Verfügung zu stellen.“

Nach der Verordnungsermächtigung des §130 (8) GWG hat die Regulierungsbehörde nur die Kompetenz

„... durch Verordnung nähere Bestimmungen über die Gaskennzeichnung sowie die Ausgestaltung der Herkunftsnachweise [zu] erlassen. Dabei sind insbesondere der Umfang der gemäß §§ 129b und 130 bestehenden Verpflichtungen sowie die Vorgaben für die Ausgestaltung der Herkunftsnachweise zu den verschiedenen erneuerbaren Gasen und der Gaskennzeichnung gemäß diesen Rechtsvorschriften näher zu bestimmen.“

Die Bestimmung §130 (7) GWG :

„Versorger haben auf Verlangen der Regulierungsbehörde innerhalb einer angemessenen Frist alle notwendigen Unterlagen vorzulegen, die erforderlich sind, um die Richtigkeit der

Angaben überprüfen zu können. Bei unrichtigen Angaben ist der betroffene Versorger mit Bescheid aufzufordern, die Angaben bzw. Kennzeichnung richtig zu stellen."

Wir erachten die Bestimmungen für ausreichend und lehnen eine darüber hinausgehende Verpflichtung auch anderer Marktteilnehmer ab, zumal dies nicht von der Ermächtigung erfasst ist.

Wir danken für die Möglichkeit der Stellungnahme und bitten um Berücksichtigung der Anmerkungen. Für weitere Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Energie Steiermark Business GmbH



GF Mag. Peter Oswald